

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/UFR		
Erarbeitung eines städtebaulichen Rahmenplans für den Bereich Osthafen-Petridamm		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
30.03.2022	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

1. „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Erarbeitung des städtebaulichen Rahmenplans für den Bereich Osthafen-Petridamm verstärkt die Möglichkeiten des Urbanen Wohnens **zu prüfen**. Insbesondere **könnte** hierbei das Gebiet vom Warnow Quartier bis zur Straße „Bei der Knochenmühle“ über die Straße „Altkarlshof“ zum Kreuzungsbereich „Stangenland“ über den Dierkower Damm in das Teilgebiet Osthafen um die Michaelsschule herum zum Dierkower Damm Berücksichtigung finden.
2. Der städtebauliche Rahmenplan ist der Bürgerschaft **möglichst** frühzeitig zur Beschlussfassung vorzulegen, so dass die gesamtplanerischen Tätigkeiten **möglichst** bis Ende 2023 abgeschlossen werden können.“

Sachverhalt:

Dieser Änderungsantrag übernimmt die inhaltlichen Hinweise des Änderungsantrags -01 des Ortsbeirats Brinckmansdorf. Im Ergebnis der Diskussionen in den Ausschüssen werden die Forderungen in einen Prüfauftrag abgeschwächt (Änderungen sind **fett** markiert). Diese Änderungen scheinen sinnvoll, da sich nicht alle Forderungen umsetzen lassen. Andererseits sollen die Anregungen des Ortsbeirats als wichtige Impulse in die Arbeiten zum Rahmenplan einfließen.

zu 1. Nur somit lassen sich die Standortpotentiale bestmöglich und umfänglich nutzen und deutlich aufwerten. Es gilt, im Rahmen der BUGA-Planung mit den Grün-, Freizeit- und Parkanlagen sowie dem Urbanen Gebiet „Warnow Quartier“ einen weichen und modernen Übergang zu den vorhandenen ausschließlich gewerblich bebauten Strukturen zu schaffen. Gleichzeitig wird ein weiteres attraktives Wohn- und zugleich modernes Gewerbegebiet am Wasser entstehen können, welches dem Standort gerecht wird.

zu 2. Diese gesamtplanerischen Tätigkeiten sollten bis Ende 2023 realisiert werden, damit im Einzelfall noch Möglichkeiten zur Aufwertung und Bebauung im Rahmen der BUGA-Austragung vorhanden sind.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Andrea Krönert
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Daniel Peters
CDU/UFR

Anlagen

Keine